



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der alte und der neue Bund.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

in manchen Kreisen den Moment für günstig halten, die Anno Kloppschens Geschichtstheorien zu verwirklichen und das rebellische Preußen auf denselben Punkt zurückzudrücken, auf dem es vor dem großen Kurfürsten und dem großen König war. Der Moment wäre nicht übel gewählt, man vergäße nur das Eine: die nicht mehr so ungewöhnliche Erfahrung, daß die Versuche, den Geist der Weltgeschichte um drei Jahrhunderte zurückzuschrauben, in der Regel mit einer sehr drastischen Application der weltgeschichtlichen Gesetze auf die Urheber jenes Experiments zu endigen pflegen.

Es ist deshalb auch im Grunde überflüssig, die eventuellen Folgen einer Bundesordnung, die höchstens in Form eines Sonderbundes ins Leben treten kann, in Erwägung zu ziehen. Zunächst wird man gespannt sein müssen auf die Mittel, welche die Fürstencoalition anwenden wird, um Preußen zu seinem neuen Dmütz herbeizulocken oder zu nöthigen. Es liegt jedoch auf der Hand, daß auch, wenn zunächst nur das berühmte Schmerlingsche Wort: Wir können warten zur Anwendung kommt, doch die bloße Thatsache der Fürstencoalition Preußen und damit den deutschen Interessen unendlich schaden kann. Die nächste Rückwirkung dürfte die Zollvereinsangelegenheit erfahren. Leider hat auch in diesem Kampf das preussische Volk den Beruf, trotz seiner Regierung den preussischen Staat für bessere Zeiten zu retten. Denn das, was Hr. v. Bismarck etwa von Gegenprojecten im Schilde führen mag, um den Fürstencongreß zu pariren, kann selbstverständlich die Position Preußens nicht im Geringsten verbessern. Das preussische Volk hat somit die Aufgabe, gleichzeitig seinen Kampf gegen eine verblendete Regierung und gegen eine auswärtige Coalition zu führen. Es hat in diesem Kampf nur einen Bundesgenossen, und daß ihm dieser nicht fehlt, hat der Abgeordnetentag gezeigt. Aber es war doch ein Glück, daß der Fürstencongreß — wie einem guten Genius folgend — jede Concession im Sinn der Volkswünsche abgelehnt hat. Hätte er in der Delegirtenfrage nachgegeben, so war allerdings eine Spaltung der liberalen Parteien zu fürchten. Sie ist glücklich abgewendet. Die Partie steht klar und bestimmt: das deutsche Volk hat mit dem östreichischen Project nichts zu schaffen. 7.

Der alte und der neue Bund.

Noch liegt, während dies geschrieben wird, der Reformplan, wie er aus den Berathungen der Souveräne hervorgegangen ist, nicht vollständig vor Augen, noch sind die politischen Effecte, mit denen der Fürstencongreß beendigt wird, nicht bekannt. Aber was bis jetzt aus den geschlossenen Thüren des Rathungszimmers in das Publicum gedrungen ist, das erregt in Deutschland einen Sturm von entgegengesetzten Empfindungen: hier Trauer, daß nach funfzehn Jahren eines Kampfes um den Bundesstaat ein solcher Plan dem deutschen Volk geboten werden konnte, dort frohe Hoffnungen auf eine Neugestaltung, die jedenfalls etwas Anderes sein würde, als der bisherige Bund. Dazwischen verbreitet sich eine, wie wir gern annehmen, ehrerbietige Heiterkeit über die ersten Versuche im parlamentarischen Verhandeln, denen unsre Landesherren sich Höchstsich selbst zu unterziehen nicht verschmähen. Endlich laufen hübsche Anekdoten über die Art, wie die erlauchten Mitglieder des Congresses ihre Meinungen auszudrücken versuchen, wie klug der Kaiser die selbst-erfundene Geschäftsordnung handhabt, und — wie gut Herr v. Biegeleben zu protokolliren versteht.

Aber auch die Freude haben wir, daß wenigstens einer der deutschen Herren

männlich und gewissenhaft den Standpunkt vertritt, der gegenüber diesen Verhandlungen für den Staatsmann und Patrioten der einzig richtige ist. Der Großherzog von Baden hat gegen solche Conferenzen, welche mit dem Wesen von Verfassungsstaaten unvereinbar sind, entschieden protestirt, und wie er den *modus procedendi* verwarf, so hat er auch gegenüber den Abstimmungen seine oppositionelle Stellung consequent bewahrt und dem Reformplan seine liberale Auffassung öffentlich gegenübergestellt. Wohl durften die Deutschen vertrauen, daß Baden unbeirrt durch den persönlichen Einfluß der fürstlichen Bundesgenossen, ja auch unbeirrt durch die unklaren Stimmungen im deutschen Süden seine Pflicht gegen das Vaterland thun würde. Aber wir fragen, war die Regierung dieses Staates die einzige, welche die unermessliche Gefahr durchschaute, womit der Reformplan sowohl die Einheit als die Freiheit Deutschlands bedroht?

Noch werden in der Presse und im Volke Stimmen laut, welche rathen, auf das österreichische Project trotz seiner unlängbaren Mängel einzugehen. Diese Stimmung wäre nach den Erfahrungen der letzten vierzehn Tage unerklärlich, wenn nicht die langgespannte und gefäuschte Erwartung auf einen Erfolg und die Ueberzeugung von der Unmöglichkeit, daß die gegenwärtige Regierung Preußens etwas Förderliches für Deutschland durchsetzen könne, auch besonnenen Männern die Unbefangenheit des Urtheils verringert hätte.

Jedermann empfindet, das alte Bundesverhältniß genügte in keiner Weise den politischen Bedürfnissen einer großen Nation. Es ist wahr, daß der Bund die Nichtachtung, mit welcher ihn die Regierungen in der Stille betrachten, und die Mißachtung, welche im Volke dagegen arbeitet, reichlich verdient hat. Aber gegenüber dem neuen österreichischen Plane ist der alte Bund in den wesentlichsten Punkten immer noch die relativ bessere Einrichtung. Daß seine Executive im Innern schwach war, hat den Völkern die Möglichkeit gegeben, ihren Kampf für die Freiheit gegen die einzelnen Regierungen bis zu dem gegenwärtigen Stadium fortzuführen; daß er nach Außen keine kräftige Politik vertrat, hat uns wenigstens verhindert, im Heer- bann einer undeutschen Politik Gut und Leben einzusetzen. Eine Einrichtung, die wenig will und wenig vermag, ist sehr widerwärtig, aber sie ist immer noch ein Vortheil gegen eine neue Einrichtung, welche die Ausichten eröffnet, daß vieles Nachtheilichte mit Eifer durchgesetzt wird. Der neue Reformplan macht Deutschland mit gebundenen Händen dem österreichischen Interesse dienstbar, der Schein von Volksvertretung, welchen derselbe gewährt, ist so nachtheilig und kärglich ausgestattet, daß er ein Hinderniß unserer politischen Entwicklung und nicht ein Fortschritt sein wird. Wir warnen vor der klugen Politik, welche in dem Eingehen auf die kaiserlichen Reformpläne den Beginn eines kräftigen Feldzuges für einen deutschen Staat hofft. Wer sich noch der Ansicht hingibt, daß diese Delegirtenversammlung, bei ihren kärglichen Befugnissen und ihrer illiberalen Zusammensetzung unter einem österreichischen Directorium, überwacht von ihren heimischen Regierungen, irgend eine Expansivkraft entwickeln könne, auch der ist in gefährlichem Irrthum. Die Tribüne für Abgeordnete, welche nach diesem Plane in Frankfurt errichtet werden soll, wird nur ein Hilfsmittel der Dienstbarkeit, nicht der Freiheit sein. Der alte Bund war, als eine unpopuläre, durch Regierungen und öffentliche Meinung verurtheilte Einrichtung, vortrefflich dazu gemacht, der Nationalpartei die Vorbereitung und den Kampf für einen festorganisirten Bundesstaat zu gestatten. Er war veraltet, seine Mängel offenbar, er war kraftlos auch im Verhindern. Jetzt soll die neue Einrichtung, unter einer gewissen Mitwirkung und formellen Theilnahme des Volkes lebendig werden. Die Kraft der Opposition wird dadurch gebrochen, ihre Reihen gelichtet, die Ausichten auf eine volksthümliche Organisation in eine unberechenbare Ferne gerückt. Denn es ist ein großer Unterschied, gegen etwas Altes zu kämpfen, dessen Schwäche und Schlawheit Jedermann bekannt ist, oder gegen etwas Neues, das sich mit

frischer Kraft im Volke festzusetzen sucht, und das von der Regierung mit Eifer und Argwohn als Abschluß ihrer Concessionen beschützt wird.

Der letzte Grund aber, den Freunde des Reformprojectes uns entgegenzuhalten wagen, ist der schlechteste von allen. Der alte Bund hat die Einheit Deutschlands nach Außen höchst unvollständig und höchst kraftlos dargestellt, aber er war wenigstens eine anerkannte, durch europäische Verträge sanctionirte Einheit, der neue Reformplan setzt an die Stelle der stillen Cabinetsintriguen einen offenen und erbitterten Kampf der beiden Großmächte, gerade er zerreißt Deutschland in Stücke, ohne auch nur den treuesten Verbündeten Oestreichs die Garantie einer größeren Kraftentwicklung für deutsche Zwecke zu geben.

Ja sogar die wenigen Deutschen, die in den Interessen des bisherigen Oestreichs und Deutschlands keinen Gegensatz zu erkennen vermögen, sie würden bei Durchführung dieses Reformplanes furchtbar enttäuscht werden. So lange die kaiserliche Regierung um den Einfluß in Deutschland zu werben hatte, war sie durch jede Rücksicht der Selbsterhaltung gezwungen, sich bei guter Gelegenheit als deutsch darzustellen; die kaiserliche Regierung aber, der durch den neuen Staatsvertrag die stille Herrschaft über die Deutschen und ihre Heeresmacht gesichert wäre, würde als ein durchaus anderer Staat in den Kämpfen Europas auftreten. Jetzt erst würde er völlig östreichisch werden, und die ehrlichen Deutschen, welche vertrauensvoll die Disposition über ihre Freiheit und das Blut ihrer Söhne einem östreichischen Directorium übergeben, würden mit Schrecken erkennen, was es heißt, Lehnsträger einer Politik zu sein, welche weder deutsch noch magyarisch noch ultramontan ist, sondern die Politik der Nachfolger Karls des Fünften, einer erlauchten Familie, der jede Nationalität nur gilt, soweit sie dem Interesse ihres Hauses zu dienen weiß. Haben wir die letzten 350 Jahre unserer Geschichte geträumt? Ist nicht jedes große Schicksal, jeder große Fortschritt, den wir Deutsche gemacht haben, im Gegensatz zu dieser Hauspolitik einer alten Kaiserfamilie gemacht worden, die, ob sie Habsburg, ob Lothringen heiße, in Europa darum einzig dasteht, weil sie sich in einem stillen Gegensatz zu jedem nationalen Leben behauptet, weil sie die Bürgerschaft für seine Dauer nur in der politischen Schwäche, in der Unselbständigkeit der Stämme zu finden gewohnt ist, welche sie beherrscht. Eine Hand über Italien zu halten, die andere über die Donaumündungen, die Slaven zu bändigen, die Magyaren im Zaum zu halten, das ist die große politische Aufgabe dieses Hauses; seine historischen Erinnerungen, seine Ehre, sein Stolz endlich, der Trieb der Selbsterhaltung zwingen ihm diese Politik auf. Ueberall droht ihm der Trieb nach nationaler Einigung Gefahr. Je stärker sich in den Völkern dies Bedürfniß geltend machte, desto mehr war die kaiserliche Regierung in die Defensive gedrängt, und an diese hartnäckige, zähe, schlaue und rücksichtslose Vertheidigungspolitik war Europa gewöhnt. Lange hat das stolze Haus die geheimen Demüthigungen dieser Stellung mit Schmerz empfunden.

Jetzt macht es eine große Anstrengung, diese Lage durch einen gewagten Streich zu ändern. Als Herr über Deutschland, auch nur über das halbe Deutschland, ist Oestreich eine Macht, die zum Angriff überzugehen befähigt und entschlossen ist. Dies neue Haus Oestreich wird eine Dynastie mit den weitesten Perspectives. Die ultramontane Partei in Italien, die Ohnmacht der Türkei, die innern Krisen, denen Rußland noch entgegengeht, nicht zuletzt die Schwäche Preußens eröffnen dem Ehrgeiz nach jeder Himmelsgegend Ausflüchte. Es würde allerdings eine Macht werden, wie die Karls des Fünften, dem größten Nachbarstaat mehr als gewachsen. Das lebensfrohe Wien würde immer die behagliche Hauptstadt dieses Staatskörpers sein, er würde auch die Deutschen, wo es ihm nicht darauf ankommt, leben lassen wie sie mögen; er würde zu gleicher Zeit hier liberal sein, dort ultramontan, hier für die Nationalität, dort gegen das Recht der Nationalität rüsten, er würde hier die deutschen Farben aufstecken, dort die römischen oder serbischen, wie es ihm gerade nützte. Ja, er würde die

Deutschen mit der besten österreichischen Gemüthlichkeit behandeln, ihnen Manches zu Gefallen thun und Vieles nachsehen; noch mehr, er würde am liebsten einen deutschen Rock tragen, am liebsten die deutsche Sprache sprechen und seinen Hof vorzugsweise mit deutschem Adel umgeben. Es ist sehr viel deutsches Blut und noch mehr deutsches Gemüth in der erlauchten Familie. — Aber die Deutschen würden Diener sein einer fremden Gewalt, und sie würden sich mit dem Vorzug zu beruhigen haben, daß sie die liebsten und werthvollsten Stützen eines sehr alten und schicksalsvollen Hauses sind. Wen dieses Ziel lockt, der gehört nicht zu uns, wer noch in dem österreichischen Reformplan eine Steigerung der deutschen Einheit und Freiheit begrüßt, der ist sehr reich an Glaube, Liebe und Hoffnung.

Es war wohl nur ein vorübergehender gekstreicher Einfall in den Regierungskreisen Berlins, dem österreichischen Reformplan einen liberalen preussischen entgegenzustellen, der ausreichend wäre, den gerechten Forderungen der Nation Genüge zu thun. Allerdings ist die Stunde gekommen, wo es für Preußen unmöglich wird, die deutsche Frage so zu behandeln, wie bis jetzt geschehen ist. Aber ein Plan, und sei er noch so liberal, hilft nicht mehr. Er würde nur eine neue Niederlage bereiten; denn mit dem freisinnigsten Plane in der Hand würde die gegenwärtige Regierung Preußens in Deutschland Fiasko machen. Selbst die Resignation des Herrn von Bismarck und seiner Amtsgenossen, welche ein abenteuerliches Gerücht in Aussicht stellte, würde nichts helfen. Denn die Majestät des Königs von Preußen ist nicht in derselben Lage, in welcher bis zu den Fürstenconferenzen andere deutsche Souveräne waren. Einem Souverän, der nicht über die Formen der Verfassung hinausgeht, wird jede politische Lebensäußerung durch seine Minister vertreten und gedeckt. Es steht ihm deshalb jeden Tag frei, aus Rücksicht auf die „Opportunität“ sein Ministerium zu entlassen und ein anderes, vielleicht von den entgegengegesetzten Ueberzeugungen zu berufen. Der würdige und erlauchte Herr aber, welcher Preußen regiert, hat selbst in so außerordentlicher Weise, so bestimmt, so entschieden und strafend seine persönlichen Ueberzeugungen den Vertretern seines Volkes, zahlreichen Gemeinden und Deputationen von Privatpersonen gegenübergestellt, daß ein Wechsel des Systems in liberalem Sinne für ihn ohne Beeinträchtigung seiner persönlichen Würde kaum mehr thunlich ist. Und wenn er sich zu diesem schweren Schritt entschließen könnte, so würden diesem Schritt die Bedingungen fehlen, welche allein einen glücklichen Erfolg sichern könnten. Er könnte ihn nicht mit freudigem Entschluß thun, und das deutsche Volk würde ihm einen Wandel seiner Ueberzeugungen nicht zutrauen und nicht glauben. Es scheint deshalb einem Anhänger der preussischen Partei unmöglich, daß irgendwelche Reformpläne für Deutschland, welche die jetzt regierende Majestät und das gegenwärtige Ministerium der Nation bieten, irgendwelchen Erfolg haben. Und es ist für ein unbefangenes Urtheil überhaupt unbegreiflich, wie ein vortheilhafter Systemwechsel in Preußen durch einen Wechsel der Minister hervorgebracht werden kann. Kein Zweifel, daß der König selbst diesen schwierigen Umstand lebhaft empfindet.

Das deutsche Volk hat gegenüber den österreichischen Reformplänen nicht die volle Widerstandskraft, weil die Hoffnungen, die es vor Kurzem auf Preußen setzte, bitter getäuscht worden sind. Wir aber, die wir innig von den Schäden und ebenso innig von der Tüchtigkeit des preussischen Staates überzeugt sind, wiederholen den Freunden in Preußen die Mahnung: Nicht in den Sommertagen von Frankfurt, sondern in den Wintertagen Preußens liegt die Entscheidung über die nächsten Jahre der deutschen Nation.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von C. C. Elbert in Leipzig.